



Ingrid Felipe neue bundespolitische Funktion sorgt für Debatten. LH Günther Platter mahnt von den Tiroler Grünen Verlässlichkeit ein. Foto: Böhm

Schwarz-Grün steht plötzlich auf dem Prüfstand

Dass Vizelandeshauptfrau Ingrid Felipe jetzt auch grüne Parteichefin ist, wirbelt Tirols Politik durcheinander. LH Platter pocht bereits auf konsequente Arbeit in der Koalition.

Innsbruck – Knapp zehn Monate vor der Landtagswahl könnte die seit 2013 regierende schwarz-grüne Landesregierung in eine Belastungsprobe schlittern. Schließlich steht und fällt die Koalition mit LH Günther Platter (VP) und LHStv. Ingrid Felipe (Grüne). Denn als neue Parteichefin der österreichischen Grünen agiert Felipe ab jetzt auch auf dem bundespolitischen Parkett. Noch dazu bahnt sich ein richtungweisender Nationalratswahlkampf an. Obwohl Felipe erklärt, dass sie natürlich in Tirol bleibt und 2018 als Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl antritt, ist die Irritation in der Tiroler ÖVP seit Donnerstag groß. Man könne nämlich noch nicht abschätzen, wie sich Felipes Spagat bzw. „Außenpolitik“ auf das Koalitionsklima in Tirol auswirken werde, heißt es.

Platter und Felipe haben gestern in der Früh telefoniert. Die neue Grünen-Obfrau bestätigt, dass sie den Landeshauptmann von ihrer Entscheidung informiert habe. Der lässt im TT-Gespräch keine Zweifel aufkommen, dass sie der Garant für die Zusammenarbeit mit der ÖVP sei. Weil bis zu den Wahlen im Frühjahr 2018 noch einiges gemeinsam umzusetzen sei, wie Platter unterstreicht. „Wichtig ist für mich, dass die engagierte Arbeit für Tirol und seine Menschen konsequent fortgesetzt werden kann. Kontinuität, Verläss-

lichkeit und Stabilität sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Politik im Sinne unseres Landes und seiner Menschen.“

Aber wie soll das im bevorstehenden Nationalratswahlkampf funktionieren, Felipe wird als Parteichefin doch viel stärker exponiert sein als vor vier Jahren? Platter mahnt: „Ich gehe davon aus, dass Felipes Engagement als Parteichefin keine negativen Auswirkungen auf die Landesregierung hat.“ Die Grünen beruhigten gestern ebenfalls. Landessprecher Hubert Weiler-Auer meinte, die Landeshauptmannstellvertreterin habe in Tirol viel erreicht und „auch noch viel vor“. Felipe selbst sieht ebenfalls keine Probleme. Die FPÖ hingegen schon.

Felipe müsse klar sein, dass eine Doppelfunktion auf Bundes- und Landesebene nicht möglich sei, fordert sie FPÖ-Obmann Markus Abwerzger zum Rücktritt auf. Die Vizelandeshauptfrau sei primär den Tiroler Interessen verpflichtet, „als Bundessprecherin der Grünen muss sie ihr Amt in der Regierung zurücklegen“.

Indessen haben Freitag Abend die Innsbrucker Grünen die Weichen für die Landtagswahl gestellt. Mit 93 Prozent wurde Klubchef Gebi Mair erneut zum Bezirksspitzenkandidaten gewählt. Hinter ihm folgt LA Gabi Fischer, die mit einem Mandat auf der Landesliste rechnen kann. (pn)

24-Stunden-Betreuung: Massive Kritik an Qualität

Volksanwältin Maria-Luise Berger fordert Qualitätskontrollen. Mehr Beratungen und weniger Beschwerden bei der Landesvolksanwaltschaft.

Innsbruck – Die Tiroler Landesvolksanwaltschaft ist einem Wandel unterzogen – nicht nur personell. Vor einem Jahr übernahm Maria-Luise Berger die Funktion als Landesvolksanwältin von Josef Hauser. Zwischenzeitlich hat sich auch das Aufgabenfeld ein wenig verschoben. Die Anzahl der Kontakte nahm leicht ab, 5523-mal wurde 2016 an der Tür der Landesvolksanwaltschaft angeklopft. Wobei es um drei Prozent mehr Beratungen gab, sie machen rund 72 Prozent aller Kontaktaufnahmen aus. Dass weniger Beschwerden zu verzeichnen waren, zeige, dass die Verwaltungsbehörden sehr gut arbeiten würden, betont Berger.

Nach wie vor stellt der Sozialbereich mit 32 Prozent die größte Herausforderung dar, 15 Prozent der Fälle betreffen Behindertenanliegen sowie 14 Prozent Bau- und Raumordnungsfragen. Vor allem im Baurecht hat Bergers Vorgänger Josef Hauser immer wieder auf das Problem der fehlenden Rechtsschutzmöglichkeiten hingewiesen. In der Raumordnungsnovelle 2016 wurden seine Anregungen dann berücksichtigt und ein verpflichtendes Planungsgespräch mit den Widmungserwerbern gesetzlich verankert. Berger: „Durch die Beseitigung von Unsicherheiten sind in der Landesvolksanwaltschaft auch weniger Anfragen eingegangen.“

Gemeinsam mit Behindertenansprechpartner Christoph Wötzer fordert die Landesvolksanwältin jedoch



Landesvolksanwältin Maria-Luise Berger und Präsident Herwig van Staa präsentierten am Freitag den Jahresbericht der Volksanwaltschaft. Im Vorjahr gab es 135 Kontaktaufnahmen weniger als 2015. Foto: Böhm

Änderungen im Pflegebereich. Berger bricht eine Lanze für die häusliche Betreuung. Diese sei gegenüber der stationären in Alten- und Pflegeheimen für die öffentliche Hand nicht nur um 65 Prozent oder durchschnittlich 1100 Euro günstiger, sondern „90 Prozent der Menschen über 70 Jahre wollen auch zu Hause bleiben“. Dort benötigen sie aber meist Betreuung. Und da hapert es.

Für Berger ist die häusliche Pflege zu einem für die Privatwirtschaft interessanten Markt geworden, „den sich derzeit allerdings nur Menschen mit ausreichenden Finanzen leis-

ten können“. Dies diskriminiere finanziell nicht so begüterte Betroffene. Zudem weist Wötzer daraufhin, dass durch fehlende Kriterien des Landes viel Wildwuchs existiere, aber eine externe Qualitätskontrolle gänzlich fehle. „Durch eine Mitfinanzierung hätte das Land die Möglichkeit, einheitliche Rahmenbedingungen wie Qualitätskriterien, Richtlinien für die Entlohnung, Aus- und Weiterbildung zu erlassen, um damit eine positive landesweite Entwicklung sicherzustellen.“ Landtagspräsident Herwig van Staa (VP) – die Volksanwaltschaft ist ein Organ des Landtags – hofft in

diesem Zusammenhang, dass auch Familienangehörige als Betreuer anerkannt werden.

Der Landtagspräsident hat gleichsam eine Vision für die Zukunft: Er möchte alle Anwaltschaften zu einer Institution zusammenführen. „Dadurch könnte man die bestehende Kompetenzzerstreuung bereinigen und alle Aufgaben an die Länder zu übergeben.“ Damit würde es möglich werden, länderweise eine einheitliche Volksanwaltschaft einzuführen, in der auch die Agenden von Patienten-, Heim-, Umwelt-, Kinder- und Jugendanwaltschaft integriert sind. (pn)

Politik in Kürze

SP appelliert an Land, Wahllisten vor Prüfung

Nach dem Beschluss des Nationalrats, die Investitionen in den Gemeinden mit 175 Millionen Euro anzukurbeln, ist für den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes (GVV) und Sellrainer Bürgermeister, **Georg Dornauer**, das Land ebenfalls gefordert: „Besonders im ländlichen Raum sind Investitionen dringend notwendig. Vom Ausbau der Kindertagesstätten und der



Dornauer: Land soll die Gemeinden ebenfalls unterstützen. Foto: SPÖ

Betreuung unserer SeniorInnen bis hin zur Förderung wichtiger Infrastrukturprojekte – wie etwa Sportstätten – gibt es viele Projekte, die dringend umgesetzt werden

müssen.“ Neben den Bundesmitteln müsste jetzt das Land nachziehen und die Gemeinden zusätzlich finanziell als auch in der Umsetzung der Projekte unterstützen.

Vom Innenministerium wurde am Freitag der Abteilung Staatsbürgerschaft des Landes Tirol ein Datenträger mit angeblichen türkischen Wahllisten übermittelt. Das Land wird jetzt prüfen, ob es darauf illegale Doppel-

staatsbürger mit Wohnsitz in Tirol gibt. Die Prüfung wolle man schnellstmöglich abschließen, kündigte **LH Günther Platter** (VP) an. „Tirol wird jedenfalls – wie schon bisher in Feststellungssachen – die notwendigen und umfassenden Prüfungen rasch, genau und sachlich vornehmen.“ In Tirol sind derzeit acht Feststellungsverfahren wegen des Verdachts von illegalen Doppelstaatsbürgerschaften anhängig. (pn)

Kurzmeldungen

110 Jahre im Dienst sehbeeinträchtigter Schüler

Innsbruck – Mit einem Festakt beging die Landesblinden- und Sehbehindertenschule gestern ihr 110-jähriges Bestehen und das 30-Jahr-Jubiläum der mobilen Beratung und Betreuung sehbeeinträchtigter Schüler in Tirol. „Ich freue mich, dass diese Schule schon so lange und so erfolgreich die Ausbildung und Betreuung von sehbeeinträchtigten Kindern und Jugendlichen

garantiert“, sagte LR Christine Baur (Grüne). Direktorin Karin Pammer wies auf die spezielle Expertise und die besondere Methodik und Didaktik der Lehrer hin. Für blinde Kinder steht bei Bedarf Braille-Schrift auf dem Stundenplan. Auch verfügt die Schule über die einzige Blinden- und Schwarzdruck-Bibliothek in Westösterreich mit über 1500 Büchern. (TT)



Direktorin Karin Pammer und LR Christine Baur (v. l.). Foto: Land Tirol

Nach Arbeitsunfall in Klinik verstorben

Thiersee – Jener 23-jährige Mann, der am Mittwoch bei einem schweren Arbeitsunfall lebensgefährliche Kopfverletzungen erlitt, ist am Donnerstag in der Innsbrucker Klinik verstorben. Der junge Mann war, wie berichtet, mit Arbeiten auf einem Strommast beschäftigt, als dieser plötzlich umstürzte. (TT)

Helfer hatte es auf Geld abgesehen

Landeck – Ein 38-jähriger Rumäne half am Donnerstagmorgen auf einem 78-jährigen Österreicher in Landeck dabei, in sein Auto einzusteigen. Dabei stahl der Mann dem Pensionisten die Geldtasche. Passanten verständigten die Polizei, die den Täter vorläufig festnehmen konnte. Er wird angezeigt. (TT)

Einbrüche in vier Telfer Wohnungen

Telfs – In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag brachen Unbekannte in Telfs in insgesamt vier Wohnungen ein. Dabei konnten die Täter Geld und diverse Wertgegenstände erbeuten. Laut Angaben der Polizei kann die genaue Schadenssumme derzeit noch nicht beziffert werden. (TT)